

Kemberger Zeitung

normales General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Aktualisiertes Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht Remberg 1,55 M., in den Landorten 1,60 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt: Vertriebslösung Streich usw. erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile 40 Pfg., Auslandsgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Bezugsgebühren: 10 M., das Laubend, zusätzlich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 139

Dienstag, den 24. November 1931

33. Jahrg.

Der Maurer **Richard Franz** in Remberg hat außerhalb der im Zusammenhange gebauten Stadt Remberg, und zwar an der Straße Remberg—Bad Schmiedeberg auf dem Grundstück Kartentblatt 4 Parzelle Nr. 66 ein Zweifamilienwohnhaus errichtet und die nach § 13 des Gesetzes vom 25. August 1876/10. August 1904 erforderliche

Anfiedlungsgenehmigung

beantragt. Gegen diesen Antrag können Eigentümer, Nutzungs-, Gebrauchsrechte und Pächter der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen beim Kreisaußschuß in Wittenberg Einspruch erheben. Der Einspruch ist durch Tatsachen zu begründen, die die Annahme rechtfertigen, daß die Anfiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Kemberg, den 21. November 1931.

Der Magistrat.

Donnerstag, den 26. November, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 23. November 1931.

Der Magistrat.

Berkaufssonntage.

Für den Weihnachtsgeschäftsverkehr sind in diesem Jahre der 13. und 20. Dezember freigegeben.

Kemberg, den 23. November 1931

Der Bürgermeister als Ortpolizeibehörde.

Memorandum als Ausgangspunkt.

Der Weg zur Revisionskonferenz.

Das deutsche Memorandum an den Generalrat der Internationalen Zahlungsbank hat die Aktion eingeleitet, die die nächsten Wochen im diplomatischen Arbeit ausfallen wird. In eine internationale übermäßig günstige Atmosphäre konnte dieser Auftakt nicht fallen. In Paris trotz der Kammer, die zum guten Teil von nationalitätlichen Strömungen beherrscht wird, und überdies wird Frankreich im nächsten Jahre wählen, lo daß auch Außenpolitik schon mit dem Seitenblick auf die günstige Wahlpropaganda betrieben wird. In London ist eine Nationalregierung zustande gekommen, die eine sehr energiegelbe Verteidigung der englischen Interessen anstrebt, in welchem Punkt es immer sein mag. In Washington wird sich im nächsten Monat nach langer Pause der Kongreß wieder versammeln, der zum erstmaligen der großen Ereignissen dieser monatelangen Weltwirtschaftskrise, zu der ganzen Entwicklung vom Hooverplan bis zum deutschen Revisionsantrag Stellung nehmen soll. Der Auftakt zu den Revisionsverhandlungen ist also in eine Zeit gefallen, die noch eine eingehende Klärung der Stimmungen und Strömungen in den wichtigsten Gläubigerländern erkennen läßt.

Aus dieser Atmosphäre, aus dieser internationalen Unsicherheit muß man sich die Formalitäten und den Charakter der deutschen Aktion erklären. Es ist eine Doppelaktion eingeleitet worden, die auf zwei verschiedenen Wegen dem gleichen Ziel zueilt, auf dem Weg über das offizielle Instrument für die Revisionsfrage, dem Sonderauschuß der Internationalen Zahlungsbank, und auf dem zweiten Weg des Bankenausschusses der deutschen Privatgläubiger und der fremden Privatgläubiger. Daß man die Aktion in zwei Teile zerlegte, war aus Gründen der Zweckmäßigkeit notwendig. Jede andere Form hätte gerade bei den inneren Spannungen in den meisten beteiligten Ländern irgendwelche Interessen verletzt, und man hätte sich mit den Formalitäten unnötig lange aufhalten müssen, während doch alle maßgebenden Staatsmänner sich darüber klar sind, daß es sich eben nur um Formalitäten handelt und daß das eigentliche Ziel eine große politische Reparationskonferenz bleibt, auf der man die Verpfändungs- und Kreditfrage in ihrer Totalität lösen muß. Die Aktion, die jetzt in Basel beginnt und die gleichzeitig in den Hauptstädten aller Gläubigerländer eingeleitet worden ist, stellt, was das deutsche Memorandum selbst betont, nur den Ausgangspunkt der Revisionsverhandlungen dar. Es handelte sich darum, die Verhandlungen überhaupt erst einmal in Gang zu bringen, für die Staatsmänner einen Weg zum Konferenzziel zu schaffen, den sie befreiten konnten, ohne daß ihnen sofort Freitagsverlust, Verzicht auf irgendwelche Rechte, Schädigung irgendwelcher wirtschaftlicher oder eingebildeten Interessen vorgeworfen wurde. Das bedeutet natürlich, daß die eigentlichen Entscheidungen auf die große kommende Konferenz verfallen ließ, daß man sie schon jetzt aus dem im Vorausplan vorgesehenen Ausschuß herausgenommen hat. Das ist die eigentliche Aufgabe und das eigentliche Ergebnis der wochenlangen diplomatischen Verhandlungen gewesen.

Offiziell freilich hat der Sonderauschuß der Internationalen Zahlungsbank freie Hand, Beschlüsse zu fassen. Es handelt sich ja bei dem ganzen Reparationsproblem nicht nur um eine deutsch-französische Angelegenheit, sondern um eine Frage, an der eine Vielzahl von Gläubigerländern interessiert ist. Infolgedessen mußten, um nicht von einer anderen Macht her in einem späteren Stadium Schwierigkeiten gemähten zu müssen, die Verhandlungen von vorn herein auf Formfragen beschränkt werden. Daß die anderen Gläubiger ihre Rechte sehr entschieden zu wahren beabsichtigen, hat sich erst in diesen Tagen gezeigt, als der neue englische Außenminister Simon in Paris den französischen Staatsmännern erklärt hat, daß England, wenn überhaupt Reparationszahlungen aufrechterhalten will, seinen vollen Anteil an den deutschen Privatgläubigern zur Verfügung stellen wird. Wenn man in den offiziellen Schriftstücken nicht ausdrücklich das Recht des BZG-Ausschusses zur Prüfung der Privatverpflichtung festlegt, hat man die Frage der Stillhalteklappe formell einer privaten Aktion überlassen worden ist, lo werden durch den Zwang der Tatsachen beide Fragen doch schnell ineinanderfließen, und es wird dann auf der Konferenz bevollmächtigter Regierungsvertreter zur Geltung kommen.

Das Memorandum in Basel.

Die Befestigung der BZG.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich befragt den Eingang des deutschen Memorandums. Unmittelbar darauf sind alle Derivatungsstatistiker der Bank telegraphisch um die Ermächtigung ersucht worden, den Beratenden Sonderauschuß einzuberufen. Außerdem sind der Reichsbankpräsident sowie die Gouverneure der Bank von Frankreich, der Bank von England und Reichsbankpräsidenten, der Bank von Italien, der Bank von Japan und der Federal Reserve Bank von New York aufgefordert worden, Mitglieder für den Ausschuß zu ernennen.

Der deutsche Antrag veröffentlicht.

Das Memorandum der deutschen Regierung zur Einberufung des im Neuen Plan vorgesehenen Sonderauschusses ist veröffentlicht worden. Die deutsche Regierung stellt danach den Antrag, daß die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel den im Neuen Plan des Jaanger Abkommens vom 20. Januar 1930 vorgesehenen Beratenden Sonderauschuß einberufe.

Bereits Anfang Juni dieses Jahres war die deutsche Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß sie trotz härtester Herabsetzung der staatlichen Ausgaben und wiederholter Erhöhung der Steuerlasten außerstande sein werde, die Zahlung der Annullitäten des Neuen Planes fortzusetzen.

Diesem Entschluß folgte am 21. Juni die Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die einen zehnjährigen Verzicht aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen aus Reparations- und Schuldverschuldungen vorschlug. Die Hoffnung, daß dieser Vorschlag eine entscheidende Wendung in der Weltkrise herbeiführen werde, hat sich nicht verwirklicht. Die britische Regierung ergriff daher im Juli die Initiative zur Einberufung der Londoner Konferenz. Aus den Empfehlungen der Konferenz ergab sich die Verlängerung des Reichsbank gewährten Kreditkontos, das sogenannte *Kaiserliche Stillhalteabkommen*, und der Bericht des von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich eingesetzten *Baseler Sachverständigenausschusses*.

So wichtig alle diese Maßnahmen waren, um eine schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem ganzen Charakter nach nur vorbereitender Natur. Die Londoner Konferenz selbst hat in ihrer Schlusserklärung festgestellt, daß die empfohlenen Maßnahmen nur ein erster Schritt sind und daß sie die Grundlage für eine Aktion von weitreichender Bedeutung bilden sollten.

In den letzten vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands außerordentlich verschlechtert. Die letzten Tage kennzeichnen sich als die schlimmsten.

Bei den Überlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist letztlich der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den Beratenden Sonderauschuß einzuberufen.

Nach dem Neuen Plan ist für diesen Antrag die Erklärung der Deutschen Regierung erforderlich, daß sie in gutem Glauben an dem Schicksal genommen ist, daß die Wahrung und das Wohlbefinden Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Zinsverlust des auffiehenden Teiles der Annullitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten.

manuelle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohne gleichen von Grund auf geändert worden.

Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderauschuß die Aufgabe zuteilt, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuß das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen,

daß die Frage der privaten Verpfändung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Sachmännern zu treffen ist.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Befriedigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die Deutsche Regierung vor, daß der Beratende Sonderauschuß unverzüglich zusammentritt, und daß er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsdann zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.

Landwirtschaft verläßt den Beirat.

Ein Brief an den Reichsanwalt.

Der Vertreter der Landwirtschaft im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung haben an den Reichsanwalt ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Leider müssen wir nach mehrwöchigen Verhandlungen feststellen, daß wir von einer Klärung der Grundprobleme noch weit entfernt sind, nicht zuletzt deshalb, weil die Reichsregierung es nach unserer Überzeugung an der erforderlichen Initiative in den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats hat fehlen lassen. Aber diese Feststellung hätte uns allein nicht veranlassen können, von einer weiteren Mitarbeit in dem Wirtschaftsbeirat abzusehen, wenn nicht durch den Erlaß der neuen Abordnung über die Disziplin eine ganz neue Situation geschaffen worden wäre, die wir nicht hinnehmen vermögen.

Es wäre unternommen müßte der Reichsregierung gewesen, in Absoreinstimmung mit dem Wirtschaftsbeirat das gesamte Programm der Wirtschaft- und Finanzplanung einheitlich zu beschließen, anstatt eine einzelne Maßnahme vorher herauszugreifen.

Wir können solche Methoden durch unsere weitere Mitarbeit im Wirtschaftsbeirat nicht mit unserer Verantwortung decken, da kein Bauer in West- oder Süddeutschland es verstehen würde, daß die zum Teil rückfällige Eintreibung der noch ausstehenden Wäsen fortgesetzt und zu steigenden Zwangsversteigerungen führt, während gleichzeitig ein genereller Schutz für den Osten ausgesprochen wird. Der gegenwärtige Zustand ist um lo untragbarer, als die Reichsregierung trotz der immer wiederholten Vorstellungen der landwirtschaftlichen Führer in den letzten Jahren nichts Entscheidendes für den Schutz der bäuerlichen Vererbungs- wirtschaft getan hat und als gerade die Preisentwicklung für die Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft einen verhängnisvollen Verlauf genommen hat und die Verwertungsstimmungen in meisteilen Kreisen gerade des Bauernstandes Formen anzunehmen droht, die zu einer Gefahr für unser Land werden müssen.

Wir betonen ausdrücklich, daß wir für die ungeschorene Not des Offens, insbesondere der östlichen Landwirtschaft, volles Verständnis haben, und daß wir alle geeigneten Maßnahmen zur Einberufung dieser Not begrüßen, daß aber diese Maßnahmen nur im Rahmen eines durchgreifenden Hilfsprogramms für die gesamte deutsche Landwirtschaft aus uns vertreten werden können.

Solange aber bei der Reichsregierung ein Gesamtprogramm nicht erkennbar ist, solange an der Methode der Einzelmaßnahmen festgehalten wird, solange die wichtigsten und sofort durchführbaren Maßnahmen — wir erinnern nur an den Futterloß und die Drofflung entbehrlicher Einfuhren durch entsprechende Devisenbewirtschaftung — immer wieder hinausgeschoben werden, vermögen wir uns auch von den Arbeiten des Wirtschaftsbeirats keinen durchführbaren Erfolg zu versprechen.

Wir werden deshalb den Arbeiten fernbleiben, bis sich die Regierung zu einer Veränderung dieser Methoden und zur Aufstellung eines klaren Programms zwecks Durchführung der zur Rettung der gesamten Landwirtschaft erforderlichen Maßnahmen entschließt.

Es wird offiziell bestätigt, daß die drei Vertreter der Landwirtschaft im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung ihren Austritt aus diesem Gremium erklärt haben.

Es handelt sich dabei um den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsvereins Dr. Brandes-königsberg, um den Guldbesitzer Dr. Holtmeier-Wessfalen und um den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Brandenburg, Rittergutsbesitzer von Oppen-Dannenwalde.

Es heißt, daß Differenzen mit dem Generalsachverständigen der Urache des Austritts gebildet hätten, und daß deshalb logar die Möglichkeit eines Austritts der Generalsachverständigen bestritten habe. Da die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats vertraulich sind, ist vorläufig auch keine Stellungnahme der Regierung zu den Differenzen bekanntgegeben.

Es wird vielmehr nur betont, daß man keineswegs von einem „Auflösen“ des Wirtschaftsbeirats sprechen könnte.

daß vielmehr sogar in zahlreichen Punkten eine Einigkeit erzielt ist und daß es bei den Tagungsdispositionen des Beirats verbleibe.

Der Konflikt im Beirat.

Seine Antwort an die landwirtschaftlichen Mitglieder.

Berlin, 21. November.

Die Reichsregierung beabsichtigt, seine förmliche Beantwortung des Schreibens der drei landwirtschaftlichen Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Dr. Brandes, Dr. Jöhlmeier und von Oppen. Da diese Herren ebenso wie die übrigen Mitglieder des Wirtschaftsbeirats durch den Herrn Reichspräsidenten persönlich in den Wirtschaftsbeirat berufen worden sind wird das Erklärten darüber nicht unterdrückt, daß der Brief veröffentlicht worden ist ohne daß vorher dem Reichspräsidenten oder der Reichsregierung von dem beabsichtigten Schritt der Herren. Kenntnis gegeben wurde.

Der Inhalt des Briefes geht, wie ausführlicher bereits wird, von solchen Voraussetzungen aus. Die Reichsregierung hat demnach mit Nachdruck betont, daß ihre vorläufige Zuständigkeit in eigener Entscheidung ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, durch die Arbeiten des Wirtschaftsbeirats in keiner Weise berührt werden sollte.

Am übrigen wird festgehalten, daß die große Not der deutschen Landwirtschaft bei den Beratungen des Wirtschaftsbeirats durchaus anerkannt worden ist.

Da entscheidende Fragen der bevorstehenden Frühjahrsoberbestellung und damit

die Sicherung der Ernährung

des deutschen Volkes auf dem Spiele standen, hatte die Reichsregierung geglaubt, den Reichspräsidenten schon vor endgültiger Feststellung des übrigen Wirtschaftsprogramms Maßnahmen zum Erlaß einer gesonderten Notverordnung vorzuschlagen zu sollen.

Ein solcher Schritt der Reichsregierung war gerade von den berufenen Vertretern der Landwirtschaft des deutschen Ostens mit sofortiger Wirkung verlangt worden.

Die Haltung der drei landwirtschaftlichen Vertreter des Wirtschaftsbeirats erscheint daher nur um so unverständlich, zumal ihnen vor Erlaß dieser Notverordnung deren Inhalt mitgeteilt und von ihnen übereinstimmend gebilligt worden war.

Das kommende Wirtschaftsprogramm

Die Hauptarbeit der Reichsregierung.

Berlin, 22. November.

Nach Abschluß der Beratungen des Wirtschaftsbeirats wird das Reichskabinett die Arbeiten zur Fertigstellung des Wirtschaftsprogramms aufnehmen. Umfangreiche Vorbereitungen sind in den Reichsministerien bereits getroffen worden.

Die Kabinettsberatungen werden voraussichtlich die letzte Novemberwoche voll in Anspruch nehmen. Es besteht aber die Aussicht, so schnell wie möglich zu Entscheidungen zu kommen, da die Beratungen des Wirtschaftsbeirats sich über einen längeren Zeitraum erstreckt haben, als ursprünglich vorgesehen war.

Die kommenden Beratungen werden sich auf zwei Gebiete erstrecken: auf die Maßnahmen zur Krisenüberwindung und auf die Maßnahmen zur Haushaltsicherung. Auf den ersten Gebiet sind Leitfragen wie die vorläufige Randfestlegung bereits in der Oktober-Notverordnung oder die Hilfe durch eine Sondernotverordnung geregelt worden. Die Reichsregierung wird jetzt vor allem zu entscheiden haben, in welcher Weise sie gegen die Preisbildungen vorgehen will, um eine Senkung der Lebenshaltungskosten zu ergreifen. Weiter wird die Lohnfrage erörtert werden und die Anwendung von Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Gleichzeitig werden aber auch die Voraussetzungen für die Mietenentzug in Altmietungen und Neubauten geschaffen werden müssen. In den Rahmen des Krisenüberwindungsprogramms gehört auch eine verstärkte Anlehnung von Siedlern. Zwischen Reich und Preußen sind nunmehr endgültig neue Richtlinien zur Siedlung vereinbart worden, die vor allem in der Förderung der Brunnensiedlung begründet. Zugleich wird die Reichsregierung noch zu entscheiden haben, ob und in welcher Form die elastische Gestaltung der Tarife, von der der Reichszentralrat Dr. Brüning in der Regierungserklärung gesprochen hat, durchgeführt werden soll. Die Ansicht ist dabei, die Tarife für einen kürzeren Zeitraum abzuschließen, sie mit einer Abkündigungsklausel zu versehen und das Tarifgesetz branchenmäßig härter einzulegen.

Bei den Maßnahmen zur Haushaltsicherung wird es sich darum handeln, Entschärfungen finanzieller Art zu treffen, die vor allem den Ausgleich der Haushalte der Länder und Gemeinden zur Folge haben.

Dabei handelt es sich im wesentlichen um die Aufrechterhaltung der Wohlfahrtsverordnungsmaßnahmen. Die preußische Regierung wird entsprechende Schritte bei der Reichsregierung unternehmen. Auch aus den übrigen Ländern liegen bereits Anregungen vor. Angehts dieser Aufgabe ist mit einer Finanzministerkonferenz zu rechnen, bevor die letzten Beschlüsse gefaßt worden sind. Der Kernpunkt der Frage wird dabei sein, ob der Reichszentralrat Dr. Brüning jetzt den Augenblick für gekommen erachtet, um jene Einsetzung der Regierung durchzuführen, die für den Ernstfall vorbehalten geblieben sind. Gleichzeitig wird voraussichtlich noch einmal verläßt werden, eine Erleichterung der Ausgabenleihe her zu bringen. Dabei wird zu erörtern sein, ob die Pläne des Reichsarbeitsministers im Hinblick auf eine Vereinfachung der Verwaltung der Sozialversicherung bereits so weit gediehen sind, daß sie in die Tat umgesetzt werden können. Es muß beachtet werden, daß den Hauptnutzen einstecken nicht das Reich, sondern die Wirtschaft und die Versicherungen haben werden.

Industrie gegen Dietrich.

Eine Erklärung des Reichsverbandes.

Der Reichsverband der deutschen Industrie wendet sich gegen Ausführungen, die Reichsfinanzminister Dr. Dietrich dieser Tage über die Lage des deutschen Metallhandwerks gemacht hat. Dietrichs Kritik der großen Konjunktur, die angeblich mit allen möglichen Dingen zu handeln beginnt und dann Meile geht, was der Minister geschmackvollerweise als Sinnes-Taktik bezeichnet, stellt nicht nur eine unberührende Verallgemeinerung dar, sondern perkennt auch völlig die Auffassungen in der Industrie selbst.

Angehennd ist die Behauptung des Reichsfinanzministers, daß von der Großindustrie (und den Banken) voraussichtlich kein Pfennig Steuern zu holen sein werde.

Wir hatten geglaubt, daß dieser von einem dem Finanzminister politisch nahestehenden Blatte verbreitete Falsch aus seiner Wahlrede in Frankfurt a. M. alsbald eine kategorische Berichtigung erfahren würde. Nachdem wir mehr als acht Tage vergeblich auf eine solche Berichtigung gewartet haben, müssen wir annehmen, daß diese Worte wirklich gefallen sind. Minister Dietrich wird voraussichtlich seine Worte dahin auslegen, daß er nur die Ertragssteuern im Auge gehabt habe.

Tatsächlich müssen jene Ausführungen die demagogische Wirkung haben, daß der einfache, Lohnknecht entrichtende Arbeiter glaubt, es werde von kompetenter Seite behauptet, daß er keine Steuern bis auf den letzten Pfennig

jahren muß, während die Großkonzerne in den Finanzbedürfnissen der öffentlichen Hand absolut nichts beitragen.

Dem Reichsfinanzminister kann nicht unbekannt sein, daß die industriellen Unternehmer neben den Ertragssteuern noch eine Anzahl anderer Steuern ohne Rücksicht auf etwa erzielte Gewinne zu entrichten haben. Im weiteren Verlauf wird gefaßt, daß nach den Ermittlungen des Reichsverbandes bei den industriellen Unternehmungen die an den Ertrag antizipierende Steuern nur 36,7 bis 45 Prozent der Gesamtsteuerlast ausmachen. Bei einigen Unternehmungen, und gerade den größten, seien es vielfach nur 20 bis 25 Prozent und noch weniger. Seit dem Jahre 1927 seien die Erträge in der Industrie von Jahr zu Jahr sehr stark zurückgegangen. Die Belastung mit den nicht an den Ertrag gebundenen Steuern habe sich kaum geändert. Die Finanzminister demgegenüber behaupten ferner, daß von den Großkonzernen kein Pfennig Steuern zu holen sei, bleibe unerfindlich.

Klepper an die Beamenschaft.

Dorläufig keine Gehaltsfürzungen.

Berlin, 21. November.

Die Pressstelle des Deutschen Beamtenbundes teilt mit: Am Donnerstag, den 19. November, empfing der neue preussische Finanzminister Klepper die Vertreter des Preussischen Beamtenbundes. Die Herren trugen die Wünsche und Sorgen der preussischen Beamenschaft vor unter besonderem Hinweis auf einzelne Härten der letzten preussischen Notverordnung vom 12. September. Der Finanzminister hat um eine schriftliche Formulierung dieser Wünsche und legte eine Prüfung zu. In diesem Zusammenhang wiesen die Vertreter des Preussischen Beamtenbundes auf die Beunruhigung hin, die innerhalb der Beamenschaft durch die Gerüchte über bevorstehende weitere Gehaltsfürzungen entfianden sei.

Staatsminister Klepper wies demgegenüber darauf hin, daß nach seiner Auffassung weitere Gehaltsfürzungen solange als ausgeschlossen anzusehen seien, solange nicht eine fühlbare Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei.

Zur Sicherung der Ruhe.

Verordnungen für den Freistaat Preußen.

Der preussische Minister des Innern hat unterm 20. November d. J. einen Kabinettsbeschluss und zwei Polizeiverordnungen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung herausgegeben.

Angehts der wirtschaftlich und politisch besonders gespannten Lage werden die Polizeibehörden erucht unter Anlegung strengsten Maßstabes Versammlungen, in denen - wenn auch nur in verschleiierter Form - zu Gewaltthatigkeiten aufgefordert oder angezettelt wird, sofort anzulösen.

Verammlungen, bei denen, insbesondere nach der Befreiung des Reubens, die Befreiung solcher Persönlichkeiten, vorwiegend zu verbieten oder jedenfalls nur unter Ausschluß solcher Reuber zuzulassen.

Die entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe von Waffen, die ihrer Natur nach dazu bestimmt sind, durch Hieb, Stoß oder Stich Verletzungen beizubringen (Hieb- oder Stoßwaffen), an Personen unter 20 Jahren ist verboten.

Eine zweite Verordnung verbietet in der Zeit von 17 bis 7 Uhr Gelände- und Ordnungsbewachungen (Geländepatrouillen, Geländewachen) und Vorbereitungen dazu sowie alle Märsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel.

Die Bestimmungen der Verbote werden mit empfindlichen Strafen bestraft. Die Verordnungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Rundfunk-Konflikt beigelegt.

Groener bei Braun.

Die bereits angekündigte Aussprache zwischen dem Reichsfinanzminister Groener und dem preussischen Finanzminister Braun über die Meinungsverschiedenheiten wegen der von Süßermann am 9. November im Berliner Rundfunk gehaltenen Rede hat am Freitag stattgefunden. Reichsfinanzminister Groener hat den Ministerpräsidenten Braun aufgesucht und sich länger als eine Stunde mit ihm unterhalten.

Die Unterredung sei durchaus in freundschaftlichem Geiste abgelaufen. Es habe sich über die kritische Frage eine absolute Übereinstimmung zwischen beiden Ministern herausgestellt.



Zum 70. Geburtstag Geheimrat Biers.

Geheimrat Prof. Dr. August Bier, der hochverdiente Forscher und Operateur, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik, der bekanntlich jüngst zum Ehrenmitglied der Medizinischen Gesellschaft gewählt wurde, begeht am 24. November seinen 70. Geburtstag.

nicht bemerkend, was um ihn herum vorgeht, da kommt einem wohl der Gedanke, daß er nicht recht bei Trost ist. Aber, Fräuzel, Ihre Stimme mächtige sich zum Klitterton herab, „ich glaub's halt doch nicht. Die Geschichte hänt anders zulaufen. Im ganzen Dorf sieht man ihn, den angekommenen Herrn, und möchte die Herrschaft der Gräfin gern abschließen. Aber das ist es ja eben: er überläßt die Jagel der Wirtschaft nur zu gern der gnädigen Stiefmutter, um ganz seinen Studien leben zu können. Er kümmert sich um nichts, und ich sehe es noch kommen, daß der Stiefbruder, der flotte Leutnant Hoff, einmal das Gut bekommt.“

„Ne er hübsig?“, fragte Fräuzel ziemlich naiv und unzuwennig dazwischen.

„Dummes Ding!“ fuhr sie die Tante nach an. „Für auch dieses Volk wird er schon hübsig sein, aber er ist ein Leichtling, der es mit der Ehre von solchen jungen Dingen, wie du eins bist, nicht zu genau nimmt. Hör“, sagte sie mit ohrsender Stimme hinzu, „solle ich dich je mit Graf Hoff zusammenschicken, dann sollst du deine Tante kennen lernen.“

Fräuzel lachte und zeigte dabei eine Reihe blendend weißer Zähne.

„Was, na, Tante! mit dem jungen Herrn ein Wort reden, ist doch keine Sünde.“

„Freilich ist es eine Sünde, von der dich kein Weisvater freisprechen wird!“

Wieder lachte Fräuzel über ihr ganzes rotbadiges Bauerngesicht.

„Sie hob jetzt den Kopf und betrachtete das Mädchen interelli.“

„Ob dieses Betraden die beiden Frauen erst auf ihre Gegenwart aufmerksam gemacht hatte? Sie finden plötzlich, sich plötzlich zu unterhalten, und Jle verstand davon kein Wort.“

Sie hatte auch genug gehört und verlor nun in ein tiefes Nachdenken. Jall hätte sie darüber das Einfache des Personensages, der sie nach Trovora bringen sollte, verachtet, wenn nicht der Portier mit der großen Glade im Wartesaal erschienen wäre und zum Einsteigen gemacht

hätte. Schnell nahm sie ihre Handtasche und eilte auf den Bahnhof. Ein Astel war halb gefunden; es dauerte auch nicht lange und der Zug fuhr schraubend und prahlend weiter.

„Ne war so mit ihren eigenen Gedanken während dieser Fahrt beschäftigt, daß sie erichraf, als der Schaffner plötzlich die Tür aufriß und „Tworan“ hineinrief. Schnell zog sie ihre Tasche aus dem Netz und hier aus.“

Sie blieb eine Weile auf dem kleinen Bahnsteig stehen und hielt Ansdau. Nur die beiden Frauen, die sie in A... kennen gelernt hatte, waren ausgezogen und gingen loeben dem Ausgang zu.“

„Ne wartete, bis der Zug abgefahren war, dann näherte sie sich dem Stationsvorsteher und fragte ihn, ob ein Wagen zum Schlaf-Tworan am Bahnhof wäre.“

Der Stationsvorsteher, ein wohlbeleibter Herr mit kleinen, wundenenden Augen, meerkerte die junge, fremde Dame zuerst ganz unuertert und mit unvorstellener Wohlgefälligkeit, ehe er antwortete:

„Ein Wagen vom Schloß? Habe keinen erleben. Satten Fräuzel ihn bestellt?“

„Schell!“ fragte Jle ganz verwundert. „Man er wartet mich doch heute, ich bin ja die neue Erbscherrin.“

„Aber? - Was?“ tief er inwendig und brach darauf in ein wahrhaft homerisches Lachen aus.

„Ne wurde von diesem Lachen unangenehm berührt und tanzelte unmutig die Stirn. Da tat sie sich der an sich aufwichtige Mann.“

„Ne nichts für unang. Fräuzel, aber es war halt zu tömlich, daß Sie annehmen, man würde Ihnen eine Gelalutsche zum Empfang schicken. Für Gouvernanten hat man in Tworan keinen Wagen übrig. Aber es ist nicht weit nach dem Schloße, ein schöner Weg, tat immer durch den Wald. In einer guten halben Stunde können sie dort sein. Morgen holt der Friedrich dann ihr Gevad.“

(Fortsetzung folgt.)

JLSE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchardt

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) „Gut, freilich nicht. Mit den beiden Kontenleuten kommt auch keine aus und wenn sich eine untersteift und bei der Gnädigen über die Wäbels fragt, wird sie unbarbarisch Knall und Fall fortgeschickt. Raus sind schon in einem Jahre dagewesen und morgen soll, glaub' ich, die letzte antreten.“

„Ne hochte hoch auf und ihr Setz klopfte stürmisch bei den letzten Worten der alten Bäuerin. Eine recht fröhliche, ermunternde Aussicht, die ihr in der Zukunft winkte! Welches Kämpfe, welches Leben Handen ihr bevor! — Sie leuzte leise, aber logisch richtete sie sich stolz auf. Nein, sie wollte sich nicht bange machen und sich ihr klares Urteil nicht trüben lassen; selbst mußte sie leben und erfahren, und sie war ja stark und mutig und bereit, einem Sturm von Widerwärtigkeiten zu trotzen.“

„Gut, daß ich keine Gouvernante bin.“ antwortete unterdes Fräuzel, „aber ein Bißel.“ — „graul dich mich auch noch vor dem verreckten Grafen.“

„So, so, Jhnen? Sie hat sich noch einer mit der dummen Geschichte gekomen? Na, wenn du weiter nichts zu beschreiben hast, dann: der heiligen Zunftort. Der Graf Konrad, was der eigentliche Besitzer von Tworan ist, ist ein lieber, guter Herr, der seinem Menschen etwas zuleide tut, und wenn man ihn trifft und er erkennt einen, dann hat er immer ein freundschaftliches Wort für uns, und wir sind doch nur arme Tagelöhnerknechte, die die gnädige Frau Mama keines Bißes verdienen können. Freilich ein Bißel fondertar ist der Graf Konrad schon: den ganzen Tag läßt er über seinen Wäbden in unbewohnten linken Flügel des Schloßes und am ihn herum steht merkwürdiger Stram. Aus alten Gräbern hat er ihn geholt, sagt der Wilhelm, sein Diener. Schawwlich ist lowas. Auch wenn man ihn manchmal im Walde trifft, so ganz in sich verunken und

Grandis Amerika-Reise.

Einmütige Auffassung in Rom und Washington.

Washington, 21. November

Ein gemeinsam ausgearbeitetes Communiqué zieht den Schlüssel zur den politischen Teil der Amerikareise des italienischen Außenministers Grandi. Die Minister und die noch einige Tage in den Vereinigten Staaten, es sind noch eine Reihe von Empfängen und besonderen Besprechungen vorgesehen. Die Besprechungen über die Beziehungen aber, der eigentliche Kern dieses politischen Zwischenstücks, sind abgeschlossen. Die amerikanische und die italienische Presse geben ihrer Befriedigung über den Verlauf der Besprechungen zwischen Grandi und den amerikanischen Staatsmännern lebhaften Ausdruck.

Die formulierten Verabredungen über den Verlauf dieser Besprechungen bringt natürlich keine Verabredung, sie bringt auch keine irgendwie geartete Bindung, aber sie bestätigt die Einmütigkeit der Auffassungen in Washington und in Rom über die Probleme, die im Vordergrund der Weltpolitik und der europäischen Politik liegen.

Gerade die Tatsache, daß keinerlei Abhängigkeit materieller Art der Anlaß dieser Ansprache war, macht dieses Einverständnis zwischen den beiden Regierungen besonders wertvoll und ist eine Gewähr für den Bestand ihrer freiwilligen Zusammenarbeit an den Aufgaben der Abklärung und der Überwindung des wirtschaftlichen Notstandes. Der praktische Ausgang dieser Zusammenarbeit, mit dem das gemeinsame Communiqué schließt, ist deshalb eine wertvolle Vorbereitung für die vor der europäischen Politik stehenden Aufgaben.

200 000 SA-Leute im Reichsgebiet?

Aus einem Polizeivortrag.

Berlin, 22. November

Auf einem vom preussischen Innenminister Severing in Gegenwart des Reichsinnenministers Goerner und anderer bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens veranstalteten Polizeivortrag sprach der Polizeimajor Ratcliff vom Polizei-Institut Charlottenburg über das Thema „Aufbau und Taktik der rechts- und linksradikalen Organisationsgruppen“. Der Referent legte dar, man habe bei den radikalen Gruppen links und rechts eingesehen, daß die früheren Rufe in Deutschland ein Mangel an geeigneten tatsächlichen Führern gelidert seien. Deshalb werde bei den Radikalen eine planmäßige Führerschulung betrieben, deren Ergebnis sich bei den Demonstrationen der jüngsten Vergangenheit gezeigt habe. Die Kommunisten schicken geeignete Leute, die aber nie als prominente Politiker hervorzutreten hätten, zur Entfaltung ihrer Ausbildung nach Sowjetrußland. Bei den Nationalsozialisten bestimme ein dem ehemaligen Militärlehrer nachgeschriebenes Verordnungsamt.

Während bei der SA die Aufgabe des Verbots des Toten Kampfes unter der Ausbildung zu Generalatzen gehen betrieben werden müsse und darunter lediglich latente „Leute“, welche in den SA-Abteilungen eine straffe organisierte militärische Organisation, die entsprechend der Eile der des Heeres bis zur Division aufgezogen sei.

Mit der Politik sollten sich die SA-Leute nach Weisung der Parteiführung nicht beschäftigen. Ein Inspekturbesetz bauernd das ganze Reichsgebiet zur Befähigung der SA-Gruppen und um über die Stimmung in ihnen Bericht zu erstatten.

Die SA seien mit Kraftfahrzeugen, Flugzeugen, um versehen, je das sie sich dem Ziele von einem europäischen Reichsgebiet wenig beschränken. Die Stärke der SA habe am 1. Oktober im Reichsgebiet etwa 200 000 Mann betragen.

Was die Bewaffnung anlangt, so sei nicht nachzusehen, daß die kommunistischen Truppen über nemenswerte Bestände von schweren Waffen verfügten. Die SA verbiete grundsätzlich den Besitz von Waffen, um einem Verbot vorzubeugen. Sie glaube, wie Dr. Goebbels ausgesprochen habe, daß sie im geeigneten Augenblick auch zu Waffen kommen werde.

Minister a. D. von Loebell †.

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb in Brandenburg (Havel) der frühere preussische Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell.

Der Verlebte wurde im Jahre 1855 in Kloster Seezin in der Provinz Pommern geboren. Nach dem Besuch der Ritterakademie in Brandenburg studierte er in Stralsund und Leipzig, wurde 1883 Regierungsrat und 1889 zum Landrat des Kreises Wohlau ernannt. 1888 trat er als Mitglied der konservativen Fraktion in den Reichstag ein, aus dem er aber 1900 wieder ausschied. 1901 zog er als Mitglied der konservativen Partei in das Preussische Abgeordnetenhaus ein; 1904 legte er sein Mandat nieder, nachdem er zum Vortragnen in der Reichstagsfraktion ernannt worden war. Als Reichstag 1909 aus seinem Amt schied, zog auch Loebell aus der Reichstagsfraktion aus. Am April 1913 erhielt er die Berufung zum preussischen Innenminister. 1917 trat er von dem Amt zurück und erhielt nunmehr die Berufung zum Oberpräsidenten von Brandenburg. Nach seinem Abschied im Mai 1918 wurde Loebell zum Präsidenten des Reichsabgeordneten ernannt und trat nachmals 1925 durch die Gründung des Reichspräsidentenrats, der sich die Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten zum Ziel gesetzt hatte, in Erscheinung.

Deutsche Tageschau.

Ein Erlaß des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat einen Erlaß herausgegeben, in dem es heißt: „Der Reichspräsident des Deutschen Reichs hat mit der Inhaberschaft des britischen Konsulats in Bremen übertragen und zu diesem Zweck eine Offizier-Abordnung des Regiments zu mir entsandt. Diese mir durch die ungarische Nation und durch die rühmliche ungarische Armee dargebracht außerordentliche Ehrung erfüllt mich mit Stolz und Freude und ist mir ein Zeichen dafür, daß die Gefühle der in vielen Schlachten des Weltkrieges erprobten Waffenbrüder auch noch heute fortwähren. Ich lege die hohe Auszeichnung meiner Person zugleich als eine Ehre der deutschen Wehrmacht an.“

Um das Zugabeverbot.

Der Reichsausschuß für das Zugabeverbot hat an den Reichstag zu dem Entwurf des Reichsgesetzes über die Gewährung von Zugaben zu Wären oder Leistungen eine Eingabe gerichtet. Die letzter bekannter grundsätzlicher Entscheidung entspricht nach einer völligen Befreiung des Zugabeverbots fordert. Die Eingabe wendet sich gegen die Befristung auf den Einzelhandel und andere Einschränkungen des Verkehrs und betont, daß ein generelles Zugabeverbot eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit bringen werde.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 23. November 1931

* Dem Gedächtnis der Toten war der gefrige Sonntag geweiht. Das herrliche Novemberwetter veranlaßte viele, den Weg nach dem Friedhof zu nehmen, um dort der lieben Toten zu gedenken und ihre Gräber zu schmücken. Aber auch auf dem Ehrenfriedhof zeigte Blumenpracht, daß die Gefallenen, die fern der Heimat ruhen, immer im Gedächtnis der Lebenden bleiben mochten. Am Denkmahl hatten die Stadt und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Kränze niedergelegt, der Männer-Turn-Verein am Obdenkstein auf dem Sportplatz.

* Soll man heutzutage sparen? In der Gegenwart hört man oft die Frage: Soll man sein Geld ausgeben oder soll man sparen? Oft wird dann geantwortet: Ausgeben. Zur Begründung dieser Antwort wird meist angeführt: Jede Mark, die ausgegeben wird, schafft neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Viele Geschäfte leute fördern natürlich im eigenen Interesse durch Reklame die Ansicht: „kaufen, nicht sparen.“ Und doch, diese Ansicht ist nicht richtig. Die Sparkassen strecken ja das bei ihnen geparte Geld nicht in den Treffer, sondern sie geben es weiter. Sie leihen es aus an Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, sie geben Kredite an die kleineren und mittleren Betriebe. Auch bei diesen wird das Geld nicht aufgehoben, sondern es dient dazu, um Stoffe, Werkzeuge, Maschinen, Land, Saatgut, Gebäude zu kaufen, um Arbeiter und Angestellte zu beschäftigen. Kurz, es wird auch hier ausgegeben. Sparen und Ausgeben ist also gar kein Gegensatz, wohl aber gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen Sparen und Ausgeben: Das Geld, das der Einzelne von seinem Einkommen leihrt ausgibt, dient im allgemeinen dem Verbrauch, d. h. dem Kauf von Verbrauchsgütern. Das Geld hingegen, das der Einzelne bei der Sparkasse spart, dient — bis er es wieder braucht — der Kapitalbildung, d. h. der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Erwerbsmöglichkeiten. Hier zeigt sich die Unentbehrlichkeit, die Lebensnotwendigkeit des Sparens, des richtigen Sparens, freilich nur nicht des Kammerens. Wer Geld kammiert, spart zwar auch; aber das ist ein Sparen, von dem die Gesamtheit und damit auch der Betreffende selber nicht Nutzen, sondern Schaden hat. Denn das Geld im „Strumpf“ ist natürlich totes Kapital, es schafft weder Arbeit noch Verdienst. Die einzig richtige Parole unserer Tage lautet also: nicht Unnötiges kaufen, nicht kammiern, sondern sparen.

* Dienst am Kunden. Die Maggi-Gesellschaft ist mit einer praktischen Neuerung herausgetreten. Durch die Umstellung ihrer Reklame auf die moderne Form der Werberklame bietet sie ihren Kunden die Möglichkeit, wertvolle Gegenstände des täglichen Bedarfs als Prämien zu erwerben. Jeder Verbraucher von Maggis Erzeugnissen, der Umhüllungen der Wärfel oder die den einzelnen Würfeln beigefügten Gutschein sammelt und an die Maggi-Gesellschaft, Berlin, einliefert, kann sich die ausgelegten Prämien verschaffen. Es werden Büffel, Gaben, Messer, Servietten, Tischdecken, Täschchen und andere brauchbare Artikel ausgegeben. Auch der Sportfreund ist bei der Auswahl der Prämien gebacht durch Sportkleider, Fußball und dergl.

* Auszeichnung. Auf der am Sonntag in Dessau stattgefundenen Anzahljahrs-Gesellschaft konnte Hans Seling jun. auf 4 ausgeleitete Tauben (Röpper) einen Gesamtpreis 2 mal sehr gut und 1 mal gut erzielen. Wittenberg. Der Richter W. S. war durch Urteil des Amtsgerichts Remberg im September wegen Diebstahls einer Glocke zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt. Nach Vernehmung, in der außer zwei Zeugen ein Sachverständiger gehört wird, wird das Urteil im Strafmaß aufgehoben und der Angeklagte anstelle des Gefängnisstrafe zu 50 RM. Geldstrafe verurteilt. Im übrigen wird die Berufung verworfen.

* Bad Schmiedberg. (Lehrjahre als Spitzhahn.) Dem Verleger der heutigen Landmilch fiel es wiederholt auf, daß ihm landwirtsch. Gerichte aus der Mühle verkommen ohne einen Anhalt dafür zu haben, wer der Dieb sein könnte. Jetzt hat sich nun der bei ihm in Stellung befindliche, aus Oberkassel kommende 18jährige Lehrling Meißner in letzter Zeit durch größere Gelobausgaben verdächtig gemacht. Er wurde beobachtet, man stellte fest, daß er etwa acht Zentner Weizen und Roggen gemeinschaftlich mit dem 20jährigen Meißner hierher, der es zu seiner Mutter brachte, verkauft hat. Die Polizei nahm die unethischen Vorfälle fest und lieferte sie im Gerichtsgefängnis ab.

* Tüben, 20. Nov. Aus der großen Zahl der Bewerber — etwa 150 — ist in der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten von den 6 inwärtigen zur engeren Wahl gestellten Kandidaten Dr. Zimmermann-Halle mit Stimmenmehrheit zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt worden. Das Wahlergebnis scheint, wie man vermutet, nicht ganz den Erwartungen weiter Kreise der Einwohnerheit zu entsprechen. Man ist vielfach der Auffassung, daß in einer rein evangelischen Gemeinde die Berufung einer konfessionell andersgerichteten Persönlichkeit — Dr. Zimmermann ist lutherisch — in das Bürgermeisteramt von außerordentlicher Tragweite sei. Es wird deshalb schon heute angekündigt, durch eine Unterschriftensammlung in der Einwohnerheit gegen das Wahlergebnis zu protestieren. Dr. Zimmermann ist seit 4 Jahren Leiter der Abteilung Kommunalpolitik und Verwaltungsrecht beim Landbund der Provinz Sachsen. Er war lange Jahre in der Industrie und später auch bei der Wandwerkstammer in Bochum. Er ist 37 Jahre alt. Wenn die Regierung seine Wahl bestätigen würde, dürfte sein Amtsantritt bereits am 1. Januar 1932 erfolgen. Die Befolgung des neuen Bürgermeisters, die auch von der Regierung mit der Maßgabe genehmigt worden war, daß Dienstjahre nicht angerechnet werden dürfen, richtet sich nach Gruppe 3c (Anfangsgehalt 3600 R. Mark, steigend bis 6600 R. Mark).

* Greppin Kreis Bitterfeld, 21. Nov. Die Gemeinde Greppin befindet sich in schwerer finanzieller Bedrängnis. Sie ist nicht in der Lage, ihrer Verpflichtungen dem Kreise Bitterfeld gegenüber, bei dem sie mit der Zahlung von

40000 Mark Steuern im Rückstande ist, nachzukommen. Die Ausgaben haben die Einnahmen in diesem Rechnungsjahre schon um etwa 170000 Mark überstiegen. Nur eine fähelle staatliche Hilfe kann die Gemeinde vor dem Bankrot bewahren.

Schöpfprozente Lohnförmung im mitteldeutschen Mühlen-Gewerbe.

Im Tarifstreit des mitteldeutschen Mühlengewerbes füllte der holländische Schlichtungsausschuß, einer Schlichtungsjurid, der eine schöpfprozente Lohnförmung vorschlug. Der Spitzhahn in Drangrupp 1 beträgt danach hat bisher 44,20 Mark wöchentlich nur noch 41,65 Mark. Der Schlichtspruch ist sowohl für Arbeitgeber, wie auch Arbeitnehmer ungünstig an g e n o m m e n worden. Das neue Abkommen kann erstmalig zum 31. Januar 1932 gefestigt werden. Die Geltungsbauer des Manteltarifs ist nach Bornahme einiger Änderungen, u. a. der Ferienbestimmungen, auf ein Jahr verlängert worden.

Gefängnisstrafen wegen der Gräbenhainicher Erwerbslosenunruhen

Halle. Im Prozeß wegen der Gräbenhainicher Erwerbslosenunruhen vom 21. Mai d. J. wurde nach dreitägiger Verhandlung der Hauptbeteiligte Paul Hilbig wegen schweren Landfriedensbruchs und Aufruhrs, Körperverletzung und Beleidigung zu 9 Monaten, ein Angeklagter unter Hinziehung einer früheren Gefängnisstrafe von 6 Monaten zu einer Gesamtstrafe von 9 Monaten und zwei Angeklagte zu 3 bzw. 7 Monate Gefängnis verurteilt. Bei fünf Angeklagten wurde auf die gesetzliche Mindeststrafe von je 6 Monaten Gefängnis erkannt. Die übrigen Angeklagten, darunter die fünf Frauen, wurden freigesprochen.

In der Urteilserklärung wies der Vorsteher darauf hin, daß sich die Krawalle sehr wohl hätten vermeiden lassen, wenn den Erwerbslosen der Befehl des Magistrats, wie die ungeklärten Unterfertigungsplätze zu zahlen, rechtzeitig mitgeteilt worden wäre.

Krankentafelentziffern erledigt sich.

Landshamer. Der Direktor der Landshamerischen Betriebskrankentafel Faust ist in seinem Bureau erschossen aufgefunden. Allen Anschein nach handelt es sich um einen Selbstmord, über dessen Gründe noch nichts bekannt ist.

Bundeslagung der deutschen Freireue.

Nordhausen. In der Zeit vom 15. bis 19. Juli 1932 wird in Nordhausen der 60. Bundestag deutscher Freireue stattfinden. Mit der Tagung ist eine Ausstellung verbunden.

Autobus wirft Lokomotive um.

Burg h. Magdeburg. In der Nähe von Burg fuhr ein schwerer Personenaubus an einem ungeordneten Bahnhofsgegend auf die Kleinbahn Burg-Jezlar. Der Chauffeur, der die Signale des Zuges nicht gehört haben will, sah die Bahn erst im Ipai, daß er nicht mehr bremsen konnte. Er gab daher Vollgas, um noch vorher über die Schienen zu kommen, doch ließ sich der Zubringer der Auffahren des Ortsanfangs nicht mehr verhalten. Der Antriebsmotor ist heftig, daß die Lokomotive aus den Schienen gehoben und umgeworfen wurde. Von den sechs Insassen des Autobusses wurden vier schwer verletzt. Der Wagen hatte am gleichen Tage eine Reihe von Probefahrten gemacht und sollte gerade zur Verkaufsaufnahme gebracht werden. Er wurde vollkommen zerrüttet. Wie die Direktion der Kleinbahn mitteilt, ist ein größeres Unglück daher vermieden worden, daß der Zug fast zum Stieben gebracht worden war.

Halle. Die 1. Strafammer Halle als Berufungsinstant hat den ehemaligen Verwaltungsdirektor Pfeiffer von dem ehemaligen Vorsitzenden der Auffahren des Ortsanfangs Halle von der Anklage der gemeindefählichen Intrigue gegenüber der DRK. freigesprochen. Das Schöffengericht hatte die beiden Angeklagten zu Geldstrafen verurteilt, da es in der Bewährung eines Darlehens von 6000 M. an einen halleischen Nervenarzt eine Handlung zu Ungunsten der DRK. erliefte.

Die „Großstadt“ kommt zutage.

Schönebeck. In der Frage der Zusammenlegung der drei Orte Schönebeck, Bad Salzungen und Frose verurteilt, daß die sozialdemokratischen Stadtratsfraktionen übereingekommen sind, in den Stadtparlamenten für die Zusammenlegung zu stimmen. Da die Sozialdemokraten in den Stadtratsordnungsverhandlungen über drei Städte die Mehrheit haben, erhebt sich die Annahme der Zusammenlegung als sicher.

Sozialdemokraten verlangen S.-A.-Verbot.

Dresden. Nach einem sozialdemokratischen Bundtagsantrag hat die Regierung die uniformierten Formationen der NSDAP. sofort verboten und angebotliche Terrorakte der Nationalsozialisten unterbunden.

Ein weiterer Antrag der gleichen Fraktion will die Regierung beauftragt wissen, die Bestimmungen im vierten Teil der sächsischen Verordnung vom 21. September 1931 aufzuheben, da sie das Beschlagnahme der Gemeindegüter und die Gemeindefestsetzungswahl eingetren.

3000 Mark sind zu verdienen!

Dresden. Zu dem bereits gemeldeten Wfabandkommen einer Wertliste mit 21 400 Mark Inhalt aus der Kraftfahrzeug-Kommun-Dresden teilt die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion Dresden mit, daß bisher noch keine Aufführung gelungen ist.

Die von der Oberpostdirektion angelegte Bezahlung für die Ergründung der Liste ist auf 1000 Mark erhöht worden. Daneben werden 10 Prozent der wiedererlangten Summe gezahlt, so daß im günstigsten Fall 3000 Mark Bezahlung zu verdienen sind.

Leipzig. Nachdem bei den meisten der befristeten Leipziger Textilbetriebe die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, wird nun auch bei der Leipziger Baumwollspinnerei wieder gearbeitet. Die Firma hatte am Freitag den Arbeitsbeginn eine Mitteilung zukommen lassen, nach der sie sich bereit erkläre, den Betrieb wieder zu eröffnen, und auf einer Karte die Arbeiter ersucht, mitzukommen, ob sie unter Jorfall aller Sonderverfügungen mit der Arbeitswiederaufnahme einverstanden seien. Daraufhin hatten sich etwa 700 Arbeitswillige ein Verzeichnis der Mitglieder der Gewerkschaften gemeldet und nahmen am Donnerstag früh die Arbeit wieder auf. Als die 3000. der 3000. des Betriebs erreicht, haben sich weitere etwa 500 Mann zur Arbeitswiederaufnahme eingetragen. Der Betrieb arbeitet mit etwa 95 Prozent der ehemaligen Belegschaft, so daß also von einer völligen Beendigung der Leipziger Textilindustrie freigesprochen werden kann, da die restlichen 5 Prozent der Belegschaft von der Verwaltung der Baumwollspinnerei nicht wieder eingestellt werden.

Neues aus aller Welt.

Für 15 000 Mark Zigaretten gerahbt. Ein dreifacher Einbruchdiebstahl wurde in die Zigarettenhandlung Louis Kraft in Berlin verübt. Die Täter hatten sich am Abend zuvor in den Keller des Hauses Einlaß verschafft, von dort aus ein Korb in die Decke getrennt und gelangten auf diese Weise in die Lagerstätte der Firma. Sie packten Zigaretten der verschiedenen Marken in Wert von etwa 15 000 Mark der verschiedenen Marken in dem gleichen Wege wieder unerkannt entkommen. Es ist anzunehmen, daß sie ihre Beute mit einem Auto fortgeschafft haben.

Zusammenstoß zwischen Motorrad und Auto. In Berlin ereignete sich in der Anhalterstraße ein Verkehrsunfall. Ein Motorradfahrer, der das Hinterrad einer Autodrohse nicht beachtet hatte, fuhr in diese hinein und kam zu Fall. Mit einem Beinbruch brachte man den Verunglückten nach dem nächsten Krankenhaus.

Rätselhaftes Verschwinden eines Zugführers. Auf bisher noch nicht geklärt Weise ist aus dem Packwagen des auf der Strecke Hamburg-Berlin verkehrenden Güterzuges 5175 der Zugführer Siemen aus Hamburg-Nothensburgsort verschwunden. Der Beamte wurde zuletzt in Ludwigslust gesehen, als er den Packwagen bestieg. Beim Eintreffen des Zuges in Wittenberge war Siemen verschwunden. Sein Mantel, sein Gepäck und seine Papiere wurden im Packwagen aufgefunden. Die Strecke zwischen Ludwigslust und Wittenberge — der Güterzug hatte inzwischen nicht gehalten — wurde sofort abgesperrt, doch konnte man keinerlei Anhaltspunkte entdecken, die das Verschwinden Siemens hätten erklären können. Die einzige Möglichkeit scheint zu sein, daß Siemen aus dem Packwagen stürzte, während der Zug die Eldebrücke passierte, und daß er in der Elde ertrunken ist. Es ist bereits Anweisung gegeben, den Flußlauf abzusuchen.

Schwerer Verkehrsunfall. Ein schwerer Verkehrsunfall

ereignete sich auf der Sandstraße Halle—Leipzig in der Nähe von Zwintichona. Die Reichswehrangehörigen Kurt Seiffert und Moser aus Leipzig fuhren mit ihrem Motorrad auf einen unbedeutenden Ackerwagen auf. Beide Fahrzeuge wurden zerrüttet. Die beiden Soldaten sowie der Geschäftsführer, der 26 Jahre alte Joseph Pelz aus Brudersdorf bei Halle, wurden sehr schwer verletzt und ins Barbarakrankenhaus nach Halle gebracht. Für Seiffert besteht Lebensgefahr.

Eine folgenschwere Ohrfeige. Der Arbeiter Fritz Kolbach aus Götting hand vor dem Göttinger Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung, Bedrohung und groben Unfugs. Kolbach hatte am 10 Juli auf der Kränzelestraße unter Beschimpfungen und Bedrohungen einem Nationalsozialisten eine Ohrfeige verabreicht. Der Schlag geriet dem S.-L. Mann das Trommelfell. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr einem Monat Gefängnis und vier Wochen Haft und verfügte die sofortige Verhaftung des Verurteilten.

Fristlose Entlassung eines Direktors. Das erste Vorstandsmitglied der hannoverschen Waggonfabrik A.-G. (Hawa), Hannover, Konrad Schüttler, wurde wegen persönlicher Verfehlungen fristlos entlassen. Größere Verluste dürfte die Hawa aber nicht erleiden, da sie sofort das gesamte Vermögen von Schüttler hat gerichtlich beschlagnahmen lassen. Schüttler wurde verhaftet.

Angestrebter schillerer stellt sich der Staatsanwaltschaft. Morel, der seit Ende Oktober nach herrschenden Untersuchungen flüchtige Verwalter der Carlshöhe ärztlichen Berechnungsjahre hat sich freiwillig der Staatsanwaltschaft gestellt. Die im Laufe zweier Jahre von Morel unterschlagene Summe beläuft sich auf etwa 50 000 RM. Morel hat nicht nur Gelder der ärztlichen Berechnungsjahre an sich genommen, sondern soll auch das ganze Vermögen der ärztlichen Untersuchungsjahre in Höhe von 15 000 RM unterschlagen haben. Er lebte auf großem Fuße.

5 Millionen Mark unterschlagen.

Berlin, 22. November

Das Bankgeschäft Mar Marcus u. Co. mußte seine Zahlungen einstellen. Die Zahlungsunfähigkeit ist nach den Feststellungen von den Treuhändern der Gläubiger und dem Konkursverwalter auf schwerwiegende Verfehlungen zurückzuführen.

Die Inhaber des Bankgeschäfts, Mar Marcus und Berthold Schreiber werden beschuldigt, die Deposits ihrer Kunden angegriffen und etwa 5 Millionen Mark unterschlagen zu haben.

Berthold Schreiber hat die Depotuntersuchungen, die er mit seinem Sozjus begangen hat, bereits zugegeben. Mar Marcus dagegen bestreitet jede Schuld. Im Betrieb der Bankfirma muß eine große Mißwirtschaft geherrscht haben. Schreiber war der Meinung, daß die unterschlagenen Deposits durch größere Auslandskonten gedeckt seien. Beide Geschäftsinhaber wurden verhaftet.

Direktor Seiffert nach Paris geflohen.

Berlin, 22. November

In der Angelegenheit des gestrichelten Vorstandsmitgliedes der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz ist festgestellt worden, daß Direktor Seiffert bei einer Zweigstelle der Deutschen Bank auf einen Scheck 150 000 Mark abgehoben hat.

In den Räumen der Bank für Handel und Grundbesitz prüfen ein Kommissar und ein Staatsanwalt weiter die Geschäftsbücher. Ein großer Teil der Korrespondenz wurde beschlagnahmt. Dann wurden Frau Seiffert und die Sekretärin des gestrichelten Direktors vernommen. Frau Seiffert will von den Machenschaften ihres Mannes nichts gewußt haben und bestreitet auch, etwas über die Flucht zu wissen. Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß Direktor Seiffert auf dem Bahnhof Friedrichstraße eine Fahrkarte 2. Klasse nach Paris gelöst hat.

Adventskalender

Adventsuhren

Adventssterne

empfehl. Richard Arnold.



Eine gute Nachricht:

Jede Umhüllung eines MAGGI-Suppen-Würfels gilt — auch wenn sie noch nicht mit Gutscheine-Aufdruck versehen ist — als 1 Gutschein.

Weihnachtsbaum-Nuktion

in Köplich bei Kemberg

Mittwoch, den 2. Dezember 1931, kommen dicht beim Forsthaus Köplich gegen Barzahlung wie üblich zum Angebot von 10 Uhr an

1500-2000 Weihnachtsbäume

Sehr gute Abfuhrmöglichkeit

Näheres beim Rentamt Burgfarnitz

prima Obstbäume

zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Garantie für Sortenechtheit wird geleistet. Speziell Blaumen hochstämmige und niedere Stachel- u. Johannisbeeren. Gemeindelieferungen äußerst billig. W. Welz, Gartenbau und Versandgärtnerei, Zahna (Bez. Halle) Fernruf 173

Empfehle frisch eingetroffen
Schellfisch - Goldbarsch
Fischfilet
Grüne Heringe
ff. Matjesheringe
ff. Vollbücklinge
Sprotten ger. Schellfisch
Lachsheringe

Richard Tempelhof, Tel. 256

Empfehle Dienstag früh
frischen Schellfisch
frischen Goldbarsch
frisches Fischfilet

Wm. E. Reinecke, Anhalterstr. 15
Telefon 356

Morgen Dienstag
früh 1/8 Uhr

ff. Speckfuchen

Nachmittags 2 Uhr frische
Pflanz- und Spritzfuchen
Ernst Berndt

Pianos
Harmoniums
Flügel
elektr. Klaviere

Gute Qualität! Billige Preise!

Höher Barzahlungsrabatt!
Auf Wunsch bequeme Teilzahlungen
Gebrauchte Instrumente werden in
Zahlung genommen.

Katalog gratis
Billige gebrauchte Instrumente
ständig am Lager
Köbler, Piano- u. Harmoniumfabrik
Schloß Breßlich (Elbe)
Interessenten steht Auto kostenlos
zur Verfügung

Bürger-Berein

Dienstag, den 24. November,
abends 8 Uhr in der Hopfenblüte

Bersammlung

Erscheinen aller Mitglieder erforderlich
Der Vorstand

Bahnhofswirtschaft
Kemberg

Dienstag abend
Stat-Abend

Winternothilfe

Wir bitten die freundlichen Geber, die Kartoffeln und Lebensmittel geeignet haben, diese morgen Dienstag zur Abholung bereit zu stellen. Der Ausschuß

Schon jetzt daran denken!

Die größte Freude bereiten zum Weihnachtsfest stets selbstangefertigte hübsche

Handarbeiten

Vorgezeichnete und angefangene Handarbeiten jeder Art, sowie sämtliche Handarbeits- und Stickereimaterialien, Handarbeitswollen und -Seiden erhalten Sie zu billigen Preisen und in gutschortierter, Auswahl bei

R. Arnold, Kemberg, Markt 3

Kräftige

Knaben-Schul- und Winterschnürstiefel

Filzpantoffeln (warm und mollig)

empfehl. Otto Paasch, Leipziger Straße 34

Das neue Provinzial-

Gesangbuch

ist in allen Einbandarten wieder vorrätig und empfiehlt zu Weihnachtsgeschenken

Richard Arnold :- Kemberg

Leipziger Straße und Markt

Reit-Sport-Berein, Kemberg

ladet seine Mitglieder zu dem am Sonnabend, den 28. November, im Hotel Vlaner Hecht stattfindenden

- Vergnügen -

bestehend aus Konzert, Theater und Ball ein

Der Vorstand.

NB. Einladungskarten sind beim Schriftführer abzuholen.



Zu Weihnachts-Arbeiten

empfehle
Handwerkskästen
Laubsägekästen
Laubsägevorlagen
Modellierbogen
Pelikanol, Syndetikon
Puppenstübentapete
uvm.

Richard Arnold

Günstige

Schlachte - Gewürze

billigst bei F. G. Glaubig

Butterbrotpapier

Bergamentpapier
empfehl. Richard Arnold

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen
Plombieren in Gold Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unechten Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.



Karten für den Vortrag des
Hr. Prinz August Wilhelm
sind noch zu haben bei
Anmeldungen wegen
schnellstens erbeten
Felsner
Autofahrt

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

erschint täglich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagsblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". - Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Posten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. - Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich also erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitspaltzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: - M., das Zusteln, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vermittels 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 139

Dienstag, den 24. November 1931

33. Jahrg.

Der Maurer **Hidjard Franz** in **Kemberg** hat außerhalb der im Zusammenhange gebauten Stadt Kemberg, und zwar an der Straße Kemberg-Bad Schmiedeberg auf dem Grundstück Kartenblatt 4 Parzelle Nr. 66 ein Zweifamilienwohnhaus errichtet und die nach § 13 des Gesetzes vom 25. August 1876/10. August 1904 erforderliche

Anfiedlungsgenehmigung

beantragt. Gegen diesen Antrag können Eigentümer, Nutzungs-, Gebrauchs- und Pächter der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen beim Kreisaußschuß in Wittenberg Einspruch erheben. Der Einspruch ist durch Tatsachen zu begründen, die die Annahme rechtfertigen, daß die Anfiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Landwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Kemberg, den 21. November 1931.

Der Magistrat.

Donnerstag, den 26. November, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 23. November 1931.

Der Magistrat.

Berkaufssonntage.

Für den Weinachts-Geschäftsverkehr sind in diesem Jahre der 13. und 20. Dezember freigegeben.

Kemberg, den 23. November 1931.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Memorandum als Ausgangspunkt.

Der Weg zur Revisionskonferenz.

Das deutsche Memorandum an den Generatrat der Internationalen Zahlungsbank hat die Aktion eingeleitet, die die nächsten Wochen mit diplomatischer Arbeit ausfüllen wird. In einer international übermäßig günstigen Atmosphäre konnte dieser Ausfall nicht fallen. In Paris trotz der Kammer, die zum guten Teil von nationalistischen Strömungen beherrscht wird, und überdies wird Frankreich im nächsten Jahre wählen, lo daß auch Außenpolitik schon mit dem Seitenblick auf die günstige Wahlpropaganda betrieben wird. In London ist eine Nationalregierung zustande gekommen, die eine sehr energische Verteidigung der englischen Interessen anstrebt, in welchem Punkt es immer sein mag. In Washington wird sich im nächsten Monat nach langer Pause der Kongreß wieder ver sammeln, der zum erstenmal um die großen Ereignissen dieser monatelangen Weltwirtschaftskrise, zu der ganzen Entwicklung vom Hooverplan bis zum deutschen Revisionsantrag Stellung nehmen soll. Der Ausfall zu den Revisionsverhandlungen ist also in eine Zeit gefallen, die noch keine endgültige Klärung der Stimmungen und Strömungen in den wichtigsten Gläubigerländern erkennen läßt.

Aus dieser Atmosphäre, aus dieser internationalen Unsicherheit muß man sich die Formalitäten und den Charakter der deutschen Aktion erklären. Es ist eine Doppelaktion eingeleitet worden, die auf zwei verschiedenen Wegen dem gleichen Ziel aufstrebt, auf dem Weg über das offizielle Instrument für die Revisionsfrage, dem Sonderauschuß der Internationalen Zahlungsbank, und auf dem zweiten Weg des Bankenausschusses der deutschen Privatgläubiger und der fremden Privatgläubiger. Daß man die Aktion in zwei Teile zerlegt, war aus Gründen der Zweckmäßigkeit notwendig. Jede andere Form hätte gerade bei den inneren Spannungen in den meisten beteiligten Ländern irgendwelche Interessen verletzt, und man hätte sich mit den Formalitäten unnötig lange aufhalten müssen, während doch alle maßgebenden Staatsmänner sich darüber klar sind, daß es sich eben nur um Formalitäten handelt und daß das eigentliche Ziel eine große politische Reparationskonferenz bleibt, auf der man die Ver schuldungs- und Kreditfrage in ihrer Totalität lösen muß. Die Aktion, die jetzt in Basel beginnt und die gleichzeitig in den Hauptstädten aller Gläubigerländer eingeleitet worden ist, heißt wie das deutsche Memorandum selbst betont, nur den Ausgangspunkt der Revisionsverhandlungen dar. Es handelte sich darum, die Verhandlungen überhaupt erst einmal in Gang zu bringen, für die Staatsmänner einen Weg zum Konferenzziel zu schaffen, den sie beschreiten konnten, ohne daß ihnen sofort Prestigeverlust, Verzicht auf irgendwelche Rechte, Schädigung irgendwelcher wirtschaftlicher oder eingebildeten Interessen vorgeworfen wurde. Das bedeutet natürlich, daß die eigentlichen Entscheidungen auf die große kommende Konferenz verschoben sind, daß man sie schon jetzt aus dem im Youngplan vorgesehenen Ausschuß herausgenommen hat. Das ist die eigentliche Aufgabe und das eigentliche Ergebnis der wochenlangen diplomatischen Verhandlungen gewesen.

Offiziell freilich hat der Sonderauschuß der Internationalen Zahlungsbank freie Hand, Beschlüsse zu fassen. Es handelt sich ja bei dem ganzen Reparationsproblem nicht nur um eine deutsch-französische Angelegenheit, sondern um eine Frage, an der die Vielzahl von Gläubigerstaaten interessiert ist. Infolge dessen mußten, um nicht von einer anderen Macht her in einem späteren Stadium Schwierigkeiten gemärgert zu müssen, die Verhandlungen von vornherein auf Formfragen beschränkt werden. Daß die anderen Gläubiger ihre Rechte sehr entschieden zu wahren beabsichtigen, hat sich erst in diesen Tagen gezeigt, als der neue englische Außenminister Simon in Paris den französischen Staatsmännern erklärt hat, daß England, wenn überhaupt Reparationszahlungen aufrechterhalten würden, seinen vollen Anteil beanspruchen und nicht zu Gunsten Frankreichs einen Verzicht ausprechen würde. Aber gerade aus solchen Erklärungen zeigt sich bereits die Vertiefung der Reparations- und Kreditfrage. Wenn England mit Bestimmtheit der französischen Regierung klarzumachen lücht, daß eine Begünstigung Frankreichs bei der Neuordnung der Reparationen nicht in Betracht kommen könne, so liegt der Grund auch darin, daß England in sehr starkem Umfange, ebenso wie Amerika, an den Privatgläubigern zur Verfügung gestellt haben. Wenn man in den offiziellen Schriftstücken nicht ausdrücklich das Recht des B33-Ausschusses zur Verfügung der Privatverschuldung festgelegt hat, wenn die Frage der Stillhalterkredite formell einer privaten Aktion überlassen worden ist, so werden durch den Zwang der Tatsachen beide Fragen doch schnell ineinanderfließen, und es wird dann auf der Konferenz bevollmächtigter Regierungsvertreter zur Geltung kommen.

Das Memorandum in Basel.

Die Befätigung der B33.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich befragt den Eingang des deutschen Memorandums. Unmittelbar darauf sind alle Verwaltungsratsmitglieder der Bank telegraphisch um die Ermächtigung erucht worden, den Beratenden Sonderauschuß einzuberufen. Außerdem sind der Reichsbankpräsident sowie die Gouverneure der Bank von Frankreich, der Bank von England, der belgischen Nationalbank, der Bank von Italien, der Bank von Japan und der Federal Reserve Bank von Neuyork aufgefordert worden, Mitglieder für den Ausschuß zu ernennen.

Der deutsche Antrag veröffentlicht.

Das Memorandum der deutschen Regierung zur Einberufung des im Neuen Plan vorgesehene Sonderauschusses ist veröffentlicht worden. Die deutsche Regierung stellt danach den Antrag, daß die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel den im Neuen Plan des Youngplan vom 20. Januar 1930 vorgesehenen Beratenden Sonderauschuß einberufe.

Bereits Anfang Juni dieses Jahres war die deutsche Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß sie trotz härtester Herabsetzung der staatlichen Ausgaben und wiederholter Erhöhung der Steuerlasten außerstande sein werde, die Zahlung der Annuitäten des Neuen Plans fortzusetzen.

Diesem Entschluß folgte am 21. Juni die Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der



manuelle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohne gleichen von Grund auf geändert worden.

Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderauschuß die Aufgabe zuteil, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuß das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Ver schuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldnern zu treffen ist.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Befriedigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die Deutsche Regierung vor, daß der Beratende Sonderauschuß unverzüglich zusammentritt, und daß er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsdann zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.

Landwirtschaft verläßt den Beirat.

Ein Brief an den Reichsfinanzminister.

Der Vertreter der Landwirtschaft im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung haben an den Reichsfinanzminister ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Leider müssen wir nach mehrwöchigen Verhandlungen feststellen, daß wir von einer Klärung der Grundprobleme noch weit entfernt sind, nicht zuletzt deshalb, weil die Reichsregierung es nach unserer Überzeugung an der erforderlichen Initiative in den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats hat fehlen lassen. Aber diese Feststellung hätte uns allein nicht veranlassen können, von einer weiteren Mitarbeit in dem Wirtschaftsbeirat abzusehen, wenn nicht durch den Erlaß der neuen Abredenordnung über die Disfälle eine ganz neue Situation geschaffen worden wäre, die wir nicht hinzunehmen vermögen.

Es wäre unseres Erachtens Pflicht der Reichsregierung gewesen, in Lebensverbindung mit dem Wirtschaftsbeirat das gesamte Programm der Wirtschaftspolitik Finanzplanung einheitlich zu beschließen, anstatt eine einzelne Maßnahme vorher herauszugreifen.

Wir können solche Methoden durch unsere weitere Mitarbeit im Wirtschaftsbeirat nicht mit unserer Verantwortung decken, da kein Bauer in Welt- oder Süddeutschland es verstehen würde, daß die zum Teil rückwärtigste Eintreibung von ihm aufzubringenden Wäskeln fortgeht und zu steigenden Zwangsversteigerungen führt, während gleichzeitig ein genereller Schutz für den Osten ausgesprochen wird. Der gegenwärtige Zustand ist um so untragbarer, als die Reichsregierung trotz der immer wiederholten Vorstellungen der landwirtschaftlichen Führer in den letzten Jahren nichts Entscheidendes für den Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft getan hat und als gerade die Preisentwertung für die Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft einen verhängnisvollen Verlauf genommen hat und die Verarmungssituation in weiten Kreisen gerade des Bauernstandes Formen anzunehmen droht, die zu einer Gefahr für unser Land werden müssen.

Wir betonen ausdrücklich, daß wir für die ungesunde Not des Ostens, insbesondere der östlichen Landwirtschaft, dieses Verfalls haben, und daß wir alle geeigneten Maßnahmen zur Einberufung dieser Not begrüßen, daß aber diese Maßnahmen nur im Rahmen eines durchgreifenden Hilfsprogramms für die gesamte deutsche Landwirtschaft von uns vertreten werden können.

Solange aber bei der Reichsregierung ein Gesamtprogramm nicht erkennbar ist, solange an der Methode der Einzelmaßnahmen festgehalten wird, solange die wichtigsten und sofort durchführbaren Maßnahmen — wir erinnern nur an den Buttersoll und die Drofflung entbehrlicher Einfuhren durch entsprechende Devisenbewirtschaftung — immer wieder hinausgeschoben werden, vermögen wir uns auch von den Arbeiten des Wirtschaftsbeirats keinen durchschlagenden Erfolg zu versprechen.

Wir werden deshalb den Arbeiten fernbleiben, bis sich die Regierung zu einer Änderung dieser Methoden und zur Aufstellung eines klaren Programms zwecks Durchführung der Rettung der gesamten Landwirtschaft erforderlichen Maßnahmen entschließt.

Es wird offiziell bestätigt, daß die drei Vertreter der Landwirtschaft im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung ihren Austritt aus diesem Gremium erklärt haben.

Es handelt sich dabei um den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsvereins Dr. Brandes-Königsberg, um den Gustav-Beitzer Dr. Holtmeier-Wessalen und um den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Brandenburg, Rittergutsbesitzer von Oppen-Dannowalde.

Es heißt, daß Differenzen mit den Gewerkschaftsvertretern die Ursache des Austritts gebildet hätten, und daß deshalb sogar die Möglichkeit eines Austritts der Gewerkschaftsvertreter bestanden habe. Da die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats vertraulich sind, ist vorläufig auch keine Stellungnahme der Regierung zu den Differenzen bekanntgegeben.

Es wird vielmehr nur betont, daß man keineswegs von einem „Aufsitzen“ des Wirtschaftsbeirats sprechen könne.